

Digitalisierung mit Verantwortung, oder warum KI-Bescheide klare Grenzen brauchen

Offener Brief von epicenter.works an die Mitglieder des Verfassungsausschusses des österreichischen Nationalrats zur geplanten AVG-Novelle

Wien, 02.09.2026

Sehr geehrte Abgeordnete,

diesen Herbst werden Sie über eine weitreichende Änderung des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes¹ beraten. Künftig sollen Behörden vollständig automatisierte schriftliche Erledigungen (einschließlich Bescheide) erlassen können, ohne dass ein Mensch die konkrete Entscheidung vor ihrer Ausfertigung genehmigt.

Wenige Wochen vor diesen Beratungen hat die staatliche KI-Assistenz „ida“ gezeigt, warum beim Einsatz generativer KI besondere Vorsicht geboten ist. Das System erklärte Vizekanzler Andreas Babler fälschlich zum ehemaligen Regierungsmitglied und erfand zugleich eine Bundesministerin².

Damit ist genau das eingetreten, wovor wir bereits im Frühjahr gewarnt haben: Halluzinationen³.

Large Language Models erzeugen Aussagen die plausibel klingen, aber falsch oder frei erfunden sein können. Dieses Problem lässt sich nicht einfach durch mehr Tests beseitigen. Auch spezialisierte juristische KI-Systeme weisen in Untersuchungen erhebliche Halluzinationsraten auf.

Was bei einem Chatbot eine falsche Auskunft ist, kann bei einem Bescheid einen Eingriff in die Rechte eines Menschen bedeuten.

Der Fall „ida“ zeigt, dass Large Language Models nach dem heutigen Stand der Technik keine vollständig automatisierten Bescheide ohne menschliche Letztkontrolle erlassen sollten.

Der Hinweis, man wolle mit der Novelle nur einen Rechtsrahmen für künftige technische Entwicklungen schaffen, ist wenig überzeugend. Sollten Systeme eines Tages nachweisbar zuverlässig und kontrollierbar genug sein, kann der Gesetzgeber den Rechtsrahmen anpassen. **Eine weitreichende Ermächtigung auf Vorrat ist dafür nicht notwendig und schafft nur unnötiges Risiko.**

Wir sind nicht per se gegen Automatisierung in der Verwaltung. Vollständig automatisierte Bescheide können bei klar abgegrenzten, risikoarmen und regelbasierten Massenverfahren sinnvoll sein. Large Language Models funktionieren jedoch grundlegend anders als klassische regelbasierte Systeme. Leider trägt die AVG-Novelle diesem Unterschied nicht ausreichend Rechnung.

¹ <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVIII/ME/89>

² <https://www.heute.at/s/regierungs-ki-wirft-vizekanzler-babler-aus-koalition-120235983v>

³ https://epicenter.works/fileadmin/user_upload/epicenter.works_-_AVG_KI_in_der_Verwaltung.pdf

§ 18a AVG des Entwurfs eröffnet einen sehr weiten Rahmen für vollständig automatisierte Erledigungen. Grundrechtlich besonders sensible Bereiche werden im Gesetz nicht generell ausgeschlossen. Welche Materien tatsächlich automatisiert werden können, soll wesentlich erst durch Verordnung festgelegt werden. Damit wird eine zentrale rechtsstaatliche Entscheidung vom Parlament in die Verwaltung verlagert.

Andere Staaten haben bereits erfahren, wie hoch der Preis für blindes Vertrauen in algorithmische Systeme im Verwaltungsvollzug sein kann. In den Niederlanden bezichtigte ein diskriminierendes algorithmisches Risikoprofilung rund 26.000 Familien zu Unrecht des Betrugs. Menschen verloren ihre Ersparnisse, ihre Wohnungen und teilweise sogar das Sorgerecht für ihre Kinder. Am Ende musste die gesamte Regierung zurücktreten⁴.

Gleichzeitig fehlt in Österreich weiterhin eine zentrale unabhängige KI-Aufsicht, die einheitliche Standards vorgibt und den Einsatz solcher Systeme unabhängig überprüft. Die im Regierungsprogramm angekündigte unabhängige KI-Behörde ist bislang nicht eingerichtet.

Wir appellieren daher an Sie, die Regierungsvorlage nicht unverändert zu beschließen.

Unsere konkreten Kritikpunkte an der Regierungsvorlage und die aus unserer Sicht erforderlichen Änderungen haben wir in der beiliegenden Kurzdarstellung zusammengefasst. Für die ausführliche technische und grundrechtliche Analyse verweisen wir auf unsere Stellungnahme zum Ministerialentwurf.

Mit freundlichen Grüßen

epicenter.works

4 <https://www.politico.eu/article/dutch-scandal-serves-as-a-warning-for-europe-over-risks-of-using-algorithms/>